

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 37 vom 14.2.2020

© Rhein-Neckar-Zeitung

„Eine Erhöhung ist sinnvoll“

Wirtschaftsforscher Fratzscher über Mindestlöhne – Aushandlung über Sozialpartnerschaften nötig

Marcel Fratzscher (49, F.: dpa)
ist Leiter des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung.



Von Annette Dönisch, RNZ Berlin

Deutschland liegt bei der Höhe des Mindestlohns unter sieben westeuropäischen Staaten auf dem letzten Platz. Muss die Lohnuntergrenze hierzulande erhöht werden?

Eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland ist sinnvoll, aber man muss auch die damit verbundenen Beschäftigungsverluste berücksichtigen. Ökonomen sehen den Mindestlohn nie als die beste Option. Löhne sollten von starken Sozialpartnerschaften ausgehandelt werden. Aber im Niedriglohnbereich gibt es kaum Tarifverträge. Dieser Bereich ist in Deutschland ungewöhnlich groß. Fast 22 Prozent der Deutschen arbeiten für weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens – aktuell etwa 11,50 Euro.

Welche Folgen hätte ein deutlich höherer Mindestlohn für den Arbeitsmarkt?

Die Einführung des Mindestlohns 2015 war eine Erfolgsgeschichte, es gab sehr geringe Beschäftigungsverluste. Es gab Arbeitgeber, die diesen Lohn nicht zahlen konnten. Die Beschäftigten sind dann aber zu Unternehmen gewechselt, die den Mindestlohn zahlen konnten. Die Einführung des Mindestlohns hat höchstens zu minimalen Beschäftigungsverlusten geführt und gleichzeitig sehr vielen Menschen höhere Löhne beschert.

Die SPD-Spitze fordert einen Mindest-Stundenlohn von zwölf Euro. Ist diese Forderung aus Ihrer Sicht richtig?

Zwölf Euro braucht ein Arbeitnehmer in Vollzeit über ein ganzes Arbeitsleben hinweg, damit er in der Rente nicht in Armut fällt. Der Staat sollte den Menschen helfen, während ihres Arbeitslebens ein Einkommen zu erzielen, durch das sie nicht unter die Armutsgrenze fallen, auch im Alter nicht. Aus einer sozialpolitischen Perspektive ist die Forderung nachzuvollziehen. Für den Arbeitsmarkt bringt ein Mindestlohn von zwölf Euro wahrscheinlich Arbeitsplatzverluste. Das spricht nicht per se gegen einen Mindestlohn von zwölf Euro. In Deutschland gibt es fast zehn Millionen Beschäftigte, die weniger als zwölf Euro pro Stunde verdienen. Es ist eine Abwägung der Politik, ob fast zehn Millionen Menschen höhere Löhne bekommen sollen oder anstelle dessen die Jobs, die dadurch verloren gehen könnten, geschützt werden.

Aber es ist Aufgabe der Mindestlohnkommission, unabhängig von der Politik alle zwei Jahre die Höhe des Mindestlohns festzusetzen ...

Die Mindestlohnkommission ist eine politisch besetzte Institution von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie ist nicht unabhängig. Die Kommission hat sich in den letzten Jahren stark an der allgemeinen Lohnentwicklung aller in der Bevölkerung orientiert. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Lohnsetzung so zu gestalten, dass Armut vermieden und der Niedriglohnbereich reduziert wird. Es sollte eine möglichst unabhängige Mindestlohnkommission geben, die nicht politisch beeinflusst ist. Sie sollte freier sein, so wie in Großbritannien. Die zu analysierenden Fragen müssten lauten: Wie viele Leute profitieren von einem höheren Mindestlohn? Was sind die Kosten? Danach sollte die Empfehlung ausgerichtet sein. Zudem gibt es einen massiven Missbrauch des Mindestlohns. Fast 2,4 Millionen Menschen erhalten ihn in Deutschland nicht. Auch auf die Einhaltung muss geachtet werden.

In Westeuropa liegt Deutschland zurück

Mindestlohn im Vergleich eher niedrig – Experten halten 11,50 Euro für angemessen

Von Annette Dönisch, RNZ Berlin

Berlin. Deutschland hinkt beim Mindestlohn hinterher. Eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), das zur gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gehört, kommt zu dem Ergebnis, dass der Mindestlohn in Deutschland mit 9,35 Euro pro Stunde niedriger liegt als in vergleichbaren westeuropäischen Staaten. Auch steige der Mindestlohn langsamer als in anderen Ländern. Europaweit zogen die Mindestlöhne zu Anfang dieses Jahres stark an. Die Studienautoren vermuten, dass sich der Trend fortsetze. „2020 könnte in Europa das Jahr des Mindestlohns werden“, schreibt Thorsten Schulten vom WSI. Die Europäische Kommission plant zurzeit, eine EU-weite Regelung einzuführen. Die SPD setzte sich zuletzt per Parteitagsbeschluss das Ziel, den Mindestlohn auf zwölf Euro zu erhöhen. Fakten zur Mindestlohnstudie:

Die Mindestlöhne im Vergleich

Deutschland hat in der EU den sechsthöchsten Mindestlohn und liegt damit im oberen Drittel. Allerdings fällt die Bundesrepublik hinter westeuropäischen Wirtschaftsnationen zurück. Am höchsten ist der Mindestlohn mit 12,38 Euro pro Stunde in Luxemburg, darauf folgt Frankreich mit 10,15 Euro. Die skandinavischen Länder tauchen in der Rangliste nicht auf, da es dort keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Die Löhne sind dort zwar hoch, werden aber alleine von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Ebenso verzichten Italien, Zypern und Österreich auf eine gesetzliche Lohnuntergrenze. Deutlich niedriger als hierzulande ist der Mindestlohn in Spanien mit 5,76 Euro. Im Schnitt sind die Mindestlöhne in Europa aber zuletzt stark gestiegen – um sechs Prozent. Der deutsche Mindestlohn erhöhte sich um 1,7 Prozent, und damit deutlich geringer als im EU-Schnitt.

Die Diskussion

Experten sehen einen Mindestlohn als angemessen, der auf dem Niveau von 60 Prozent des Mittleren Einkommens eines Landes liegt. In Deutschland müsste er demnach bei etwa 11,50 Euro liegen, erläuterte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher (siehe Interview). Ein Verdienst unter dieser Grenze gilt als armutsgefährdend. Eine Beschäftigung zum aktuellen Mindestlohn, seit Anfang des Jahres 9,35 Euro pro Stunde, garantiert auch nach 40 Jahren Vollzeitarbeit keine Rente über der Grundsicherung. „Eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland ist sinnvoll, aber man muss auch die damit verbundenen Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigen“, sagte Fratzscher. Allerdings sei der Niedriglohnbereich in Deutschland mit 22 Prozent aller Beschäftigten ungewöhnlich groß.

Die Kritik

Arbeitgeber stellen sich gegen eine starke Mindestlohnerhöhung. In den letzten Jahren hätte Deutschland eine außerordentlich gute Arbeitsmarktentwicklung gehabt, sagte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, im vergangenen Jahr. Die Bewährungsprobe für den Mindestlohn werde erst kommen, wenn die Konjunktur schwächele.

Kommentar: Erhöhen

Gernot Heller über den Mindestlohn

Was war das für eine giftige Debatte, bis dann 2015 eine flächendeckende gesetzliche Lohnuntergrenze in Deutschland eingeführt wurde! Die Wirtschaft hat diese, das hat uns die Entwicklung gelehrt, beileibe nicht aus dem Lot gebracht. Zuletzt wurden die Stimmen lauter, die eine kräftige Anhebung von derzeit 9,35 Euro in Richtung zwölf Euro forderten. Dafür gibt es gute Argumente. Eines davon lieferte nun ein Vergleich der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung: Deutschland ist hier nicht der Musterknabe Europas. Partner wie Frankreich, Irland und die Benelux-Nachbarn sind besser. Eine kräftige Erhöhung würde Deutschland in Zeiten, da die Konjunktur stottert, helfen. Denn Menschen mit niedrigem Einkommen, wie Mindestlöhner, geben ihr Geld meist gleich wieder aus. Das heißt in der Sprache der Volkswirte: Mehr Mindestlohn steigert die Binnennachfrage. Natürlich ist es richtig, dass die andere Seite der Medaille aus höheren Kosten sowie Druck auf Renditen und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen besteht. Auf der anderen Seite sorgen der technologische Fortschritt und die fortschreitende Automatisierung dafür, dass die Lohnkosten bei vielen Unternehmen schon lange nicht mehr die bestimmende Rolle spielen.

